

Bezugspreis:

Bestellungspreis: 30.- M., monatlich 10.- M., ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Reich' erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 11. September 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kompartimentsbreite ...

Die amerikanischen Milchkuhe.

Endlich hat das Ernährungsministerium sich dazu geäußert, weshalb die von Amerika unentgeltlich zur Verfügung gestellten Milchkuhe nicht abgenommen wurden.

Diese mehr als sonderbare Begründung fand bei den sozialdemokratischen Ritaliedern entschiedenen Widerspruch. Man kann ein so wertvolles Geschenk nicht deshalb in der Abnahme beanstanden, weil das Rote Kreuz die Sache in der Hand hat.

Seit berichtet nun ein Berliner Blatt, daß das Ernährungsministerium am Freitag beschlossen habe, die Einfuhr der zunächst angebotenen 2500 Milchkuhe freizugeben.

In der Freitagssitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages erstattete der Minister für Ernährung und Landwirtschaft Bericht über die Konferenzen in London und Stresa.

Daherischen Brauereien zur Herstellung eines Sprozentigen Bieres ein Gersten- und Malzkontingent von 80 Proz. des Verbrauchs der Jahre 1912/13 zugewiesen wird; ein Antrag Dr. Wöhme (Dem.) verlangte die Ausdehnung des Gersten- und Malzkontingents auf die gesamte deutsche Brauindustrie.

Die Sozialdemokraten und Unabhängigen wandten sich mit aller Schärfe gegen die vorstehenden bürgerlichen Anträge, die eine neue Belastung der breiten Masse sowie eine wesentliche Verschlechterung unserer gesamten Ernährung bedeuten.

In der heutigen Sitzung wurde die Beratung fortgesetzt. Erst in der Mittagsstunde kam man zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Zunächst lehnte der Ausschuh den Antrag auf Erhöhung der Getreidepreise und auf die Weitergewährung der Frühdruschprämie ab.

Angenommen wurde dagegen der Antrag, die Ausmaßungsquote des Brotgetreides auf 85 Proz. herabzusetzen und höchstens 10 Proz. Strohmittel zu verwenden. Ferner gelangte eine Entschlieung zur Annahme, in der die Regierung erlucht wird, vom 15. September ab die tägliche Ration auf 200 Gramm zu erhöhen.

Hinsichtlich der amerikanischen Milchkuhe wurde beschlossen, den amerikanischen Spendern dankbare Anerkennung auszusprechen. Der Antrag wurde mit allen Stimmen angenommen.

Das Programm der Völkerbundskonferenz.

Amsterdam, 11. September. (WZ.) Der 'Telegraaf' meldet aus London: Die vorläufige Tagesordnung der ersten Sitzung der Völkerbundversammlung ist bekannt gemacht worden. Daraus sind folgende Punkte hervorzuheden: Zulassung der Staaten, die in der Vellage des Völkerbundesvertrages genannt sind; vorläufige Festsetzung des Sitzes für 1921; Pläne für die Errichtung des permanenten internationalen Gerichtshofes; Errichtung einer permanenten Organisation, um die Frage betreffend internationale Verbindungen und Verkehr, die laut Friedensvertrag von Versailles zu den Befugnissen des Bundes gehört, zu behandeln.

Die Sabotage von Genf gelungen?

Amsterdam, 11. September. (Meldung des Holländisch Neuwedburau.) Ricuue Rotterdamse Courant' meldet aus Brüssel, daß die Konferenz in Genf, die Ende September zur Regelung der Entschädigungsfrage zusammentreten sollte, wahrscheinlich nicht stattfinden wird.

lich Frankreich nicht daran beteiligen. Die Möglichkeit, daß auch die Brüsseler Finanzkonferenz aufgeschoben werden muß, ist nicht ausgeschlossen.

Die Polnische Herrschaft in Oberschlesien.

Berlin, 11. September. (WZ.) Auf die Note der deutschen Regierung vom 4. September, in der unter Hinweis auf die von polnischer Seite begangenen Gewalttaten die Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde, ist dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris nachstehende Antwort der Völkerbundkonferenz zugegangen: 'Sie haben der Konferenz am 3. September 1920 eine Note der deutschen Regierung übermittelt, in der die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Oberschlesien vorgeschlagen wird.

Der Sonderberichterstatter der RS-Korrespondenz meldet aus Rottowik: Nach neueren Mitteilungen sollen auch die Orte Byelska und Waingow von den Polen besetzt sein.

Programme, nicht Programm!

Von Richard Lohmann.

Die Not der Zeit fordert von uns nicht programmatische Erklärungen, sondern praktische Arbeit. Die an sich unerläßliche Neugestaltung unseres Parteiprogramms drängt nicht, um so dringlicher brauchen wir Richtlinien für die Bewältigung unserer nächsten Aufgaben.

Offen bleibt nur die Frage, ob uns und unserer Partei für die praktische Lösung der nächsten Aufgaben mit einem allgemeinen Aktionsprogramm gebietet ist, das die vorläufigen Ziele sozialdemokratischer Gegenwartsarbeit in großen Umrissen umreißt.

In allen Städten steht, um ein Beispiel herauszugreifen, die Wohnungsnot als das zuerst zu lösende Problem an der Schwelle der Verhandlungskammer. Was hilft uns da ein Aktionsprogramm, das vielleicht in einem Nebensatz 'eine planmäßige und tatkräftige Siedlungspolitik mit besonderer Verwirklichung des ländlichen Siedlungswezens' verlangt!

Aber werfen wir einen Blick auf die nächsten Aufgaben unserer Schulpolitik. Hilft uns da das Bekenntnis zur Einheitschule und zur weltlichen Schule auch nur um einen Schritt praktisch augenblicklich weiter? Den Massen unseres arbeitenden Volkes ist herzlich wenig damit gedient, wenn hier und da eine 'Versuchsschule', eine Idealschule noch unserem Herzen und Sinn errichtet wird.

Für die Fragen der Sozialisierung, des Ausbaus der Verwaltung und noch viele andere gilt dasselbe. Ueberall können wir nicht darauf warten, bis wir, vom Volk gemeinen ausgehend, die Wege zum Besonderen finden, sondern wir müssen umgekehrt die Nähe mit sicherem Blick erfassen, um dann später das Auge in die Ferne zu richten.

denen Klare Wege für die politische Meinarbeit der Gegenwart aufgezeigt werden.

Mein Wunsch geht also dahin, daß der Parteitag nicht eine einzige Kommission mit der Aufstellung des Aktionsprogramms der Partei betrauen möge, sondern daß er Sonderkommissionen für alle im Brennpunkt des Interesses stehenden Einzelfragen einsetzt, die mit größter Beschleunigung ausführliche Aktionsprogramme für die sozialdemokratische Kommunalpolitik, Siedlungspolitik, Schulpolitik, Wirtschaftspolitik usw. auszuarbeiten haben. Damit allein erfüllen wir die Forderung, die die praktische Arbeit der Gegenwart und des politischen Alltags an uns stellt; damit dienen wir aber auch am besten der Arbeit für die Zukunft, für die Schaffung eines neuen wirklichen Parteiprogramms, dessen spezieller Teil sich dann mit Selbstverständlichkeit aus den einzelnen Aktionsprogrammen herauskristallisieren wird.

Das Ausgehen vom Speziellen, vom Einzelprogramm erscheint mir als die notwendige Konsequenz der inneren Neueinstellung unserer Partei, der Umwandlung aus einer Partei der programmatischen Zielsetzung zu einer Partei der praktischen Zielarbeit.

Eine irreführende Fragestellung.

In einer Polemik gegen den von uns gestern abend behandelten Artikel Hilderding's „Für das Selbstbestimmungsrecht“, auf die wir im übrigen einzugehen keinen Grund haben, schreibt die „Rote Fahne“:

Die Frage, die allein zur Debatte steht, und um die der rechte Flügel nicht verhandelt, ist nicht die: soll sich das deutsche Proletariat für oder gegen Rußland, für oder gegen die Revolution entscheiden? Die Frage, so gestellt, enthält alle Beweggründe für dieses Selbstbestimmungsrecht der U.S.P.-Führer nicht nur als Angstprodukte, sondern als offene Unterstützung der internationalen Konterrevolution.

Unseres Erachtens „enthüllt“ diese Art der Fragestellung etwas ganz anderes; den geflüsterten Versuch der „Roten Fahne“, nämlich ihre Leserchaft irrezuführen. Die Frage: Für oder gegen Rußland wird von jedem Sozialisten, gleichgültig welcher sozialistischen Partei er angehört, selbstverständlich in dem Sinne beantwortet werden, daß er sich für Rußland ausspricht. Das Bekenntnis zu einem Lande oder bedeutet für einen Sozialisten das Bekenntnis zu einem Volk, nicht aber zu seiner politischen Leitung. Man kann sehr wohl gegen jeden Angriff Rußland gegenüber sein und die Neutralität — wie es die deutsche Arbeiterchaft tatsächlich tut — mit allen Mitteln verteidigen, ohne daß doch diese Tatsache ein Bekenntnis zu dem politischen Regime in Rußland enthielte.

Auch die Frage: Für oder gegen die Revolution ist eine Irreführung, enthält sie doch eine geradezu ungläubige Unklarheit. Der marxistische Sozialist weiß, daß auch die Revolution nur ein Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse ist. In diesem Mittel aber wird man sich so lange bekennen, wie man es als das geeignetste für die Befreiung des Proletariats ansieht. Was wir in Rußland erleben, ist aber nicht mehr Revolution, und die „Rote Fahne“ wäre ehrlicher, wenn sie fragte: Für oder gegen den Bürgerkrieg? Dann allerdings würde die gewalttätige Mehrheit der deutschen Arbeiterchaft ihr die richtige Antwort erteilen.

Die Schweizer Sozialisten und Moskau.

Im Gegensatz zur Berner „Tagwacht“ schreibt das „Röcher Volksrecht“ bei Besprechung der 21. Moskauer Punkte: Die konsequente Entwicklung der Schweizerischen Sozialdemokratie in der Richtung der Dritten Internationale sei nicht zu bestreiten und nicht aufzuhalten. Es sei aber keine Frage, daß die Einstellung der Partei zur Dritten Internationale sich nicht ändern dürfe.

Selbstzucht im Zuschauerraum.

Von Friedrich Kappeler.

Die neue Zeitschrift für soziale Kunstpflege „Kunstbühne“, deren Bedeutung wir gestern herosobeben, bringt in ihrem ersten Heft neue Schaubildern von Friedrich Kappeler, löse Blätter aus der Praxis erster Künstlerhand. Einiges dieser Blätter geben wir hier zur allgemeinen Beachtung und Selbstprüfung.

Seit vielen Jahren beobachtete ich als Schauspieler während des Spiels von der Bühne aus im Zuschauerraum bei demselben Anlaß immer wieder denselben folgenden Vorgang.

Sobald in der Dichtung ein fühlbarer Einschnitt entsteht, sei es die natürliche Pause nach einem markanten Abgang oder sei es auch nur, daß ein Schauspieler innerhalb seiner Rede eine bestimmte Haltung und einen bestimmten Gang über die Bühne macht: sofort erhebt sich im Zuschauerraum ein Mähen, Räuspern, Sämeuzen und Husten. Man spürt deutlich das Gefühl der Erlösung nach langem Stillstehen, ja dem diese oft so winzige Spielpause innerhalb einer Szene, so innerhalb eines einzigen Satzes — von einem Teil des Publikums sofort ausgenutzt wird.

Dieser Vorgang wiederholt sich mit absoluter Regelmäßigkeit, mit dem einzigen Unterschied, daß in einem großen Theater das Geräusch härter ist als in einem kleineren. Ich habe ihn in allen Theatern beobachtet, in denen ich gespielt habe, richte diese Reize also keineswegs etwa besonders an das Publikum der Volkstheater, von dessen Erfahrungsgrad gegenüber dem Kunstwerk ich im allgemeinen einen hohen Begriff habe; ich meine das gesamte Theaterpublikum überhaupt ohne Ansehen des einzelnen Theaters.

Selbstverständlich ist es nicht leicht, längere Zeit hindurch stillzustehen. Aber erlösend: warum geschieht nicht daselbe in musikalischen Konzerten oder Opern? Ich habe es noch nie bemerkt. Zweitens: wenn man sich wirklich konzentriert, vermag man zu halten. Drittens: wenn man diesem Substanz wenigstens immer das mühsam Unterdrückte ammerkt!

Der Vorgang läßt sich gewiß auf sehr natürliche Weise erklären. Aber er beweist, wieder auf dem Gebiete der künstlerischen Selbsterziehung des Theaterpublikums noch zu geschehen hat.

Man stelle sich vor: Im Kunstwerk einer Dichtung entsteht eine Pause, die nicht weniger als wirkliche, die zarteste künstlerische Absicht ist. Der Dichter, der Schauspieler, der Regisseur haben diese Pause mit aller Liebe ausgearbeitet. Sie werden mit aller Sorgfalt über sie, weil sie im Rhythmus des Geschehens, im Ablauf des Werkes und Gegenrede die Stille bedeutet, das Anhalten des Atem und das Publikum, anstatt dieses Anhaltens des Atem mitzugehen: huscht, rührt und verschmachtet sich.

Ich spreche vom Publikum und weiß natürlich, daß diese darunter bereits ebenso denken wie ich. Aber es müßten alle sein.

Besondere Moskauer Bedingungen für Frankreich.

Die „Humanité“ veröffentlicht die Bedingungen, unter denen die Moskauer Internationale den Beitritt der Franzosen annimmt. Es handelt sich nicht um das eigentliche Programm der Moskauer Internationale, sondern um neun besonders formulierte Punkte, zu denen sich die französische Partei verpflichten soll. Diese Bedingungen sind keineswegs kategorisch, sondern lassen von Fall zu Fall der französischen Partei einen ziemlich weiten Spielraum für die Anpassung ihrer Taktik an das Moskauer Programm. Nur die Bedingung über die Unterordnung der Gewerkschaften sei schwer zu erfüllen.

Der nationale Nachwächter.

In der „Deutschen Tageszeitung“ war dieser Tage folgendes Inserat zu lesen:

Suche zum 1. 10. einen national gesinnten, gebildeten Herrn als Nachschub zur Bewachung meines Gutsbofes. Frau v. Lettow-Vorbeck, Wangeritz, Kreis Naugard.

Man darf es wohl für ausgeschlossen halten, daß dieses Inserat der Aufgeberin Frau v. Vorbeck wörtlich verstanden werden, auf die es doch zu Zwecken des Nachschubes recht wenig Anzeige nur den Zweck hat, die Verteilung ehemaliger Offiziere auf das flache Land vorzunehmen. Wenn es sich nicht um politische Zwecke handelte, dürfte kaum das Verlangen nach nationaler Gesinnung und nach Bildung gestellt werden, auf die es doch zu Zwecken des Nachschubes recht wenig ankommt. Frau v. Lettow-Vorbeck sollte jedenfalls ihre Anzeigen etwas anders formulieren, um sich nicht politisch verdächtig oder auch zur Zielscheibe von allerhand nur zu naheliegenden Spottereien zu machen.

Die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft.

Unternehmerorgane beschäftigen sich neuerdings wieder mit dem Problem der Arbeitsgemeinschaft. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat zu diesem Erörterungsanlaß gegeben mit einer Erklärung seines Präsidenten, daß die von ihm vertretenen Arbeitgeber an dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft unverbrüchlich festhalten wollen. Nun ist Herr Krämer nicht Herr Stimmes, und dieser letztere hat schon manches als „Experiment“ abgetan, was jener mindestens als diskutabile Forderung der Arbeiter anerkennt hat. Gleichwohl kann man die Kundgebung mindestens für die im Reichsverband der deutschen Industrie vereinigten Arbeitgeber, die in ihrer Hauptsache den weiterverarbeitenden Industrien angehören, als bindend bezeichnen. Die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ stellt nun die Frage, wie sich die Arbeiterchaft dazu verhalten werde. Die Arbeitsgemeinschaften sind freilich kein politisches Gebilde, sondern ein gewerkschaftliches, und es ist falsch, die „Vernunftsehe“ zwischen Arbeitern und Unternehmern rein parteipolitisch zu beurteilen. Aber als Träger und benennende Körperchaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper wie des Reichswirtschaftsrats reicht ihre Bedeutung doch weit über das Sozialpolitische hinaus, das ihr erstes Betätigungsfeld war, und sie sind zu einem Machtfaktor in der gesamten Wirtschaftspolitik geworden, dessen Stärke noch von vielen weit unterschätzt wird. Aus diesem Grunde muß die Frage der Arbeitsgemeinschaften auch von der politischen Seite aus gewürdigt werden.

Die sinnliche „Bergwerks-Ztg.“ faßt das Problem von der richtigen Seite an, wenn sie schreibt:

Bedenklich stimmen muß jedoch, daß auch der bisher verhältnismäßig besonnene Teil der freien Gewerkschaften den Kampf gegen das Unternehmertum an sich aufgenommen hat. Gemeint sind damit die seit kurzer Zeit wieder mehr in Erscheinung tretenden Bestrebungen auf Sozialisierung des wirtschaftlichen Lebens im allgemeinen und die des Vergnügens im besonderen. Den diesen Gedanken verfolgenden Per-

sonen und Verbänden müßte klar sein, daß es grundsätzlich ein Ding der Unmöglichkeit ist, sich mit Vertretern einer Bevölkerungsschicht an denselben Beratungstisch zu setzen, der man grundsätzlich die Existenzberechtigung verkennt, und die man folgerichtig deshalb so schnell wie möglich zu beseitigen gewillt ist. Selbst unter Anerkennung der mannigfachen Gründe tatsächlicher Natur kann ein solches Verhalten nicht ganz einwandfrei genannt werden.

Das also ist des Pudels Kern! Die Herren Unternehmer, insbesondere die Manchesterer Männer von ihnen, haben sich vorgestellt, daß sie die Arbeiter, zu denen sie sich an den Verhandlungstisch setzten, durch sozialpolitische, manchmal reichlich sadenrichtige Konzessionen von ihren grundlegenden programmatischen Forderungen ablenken könnten! Und heute sind sie enttäuscht, weil sie den Worten eines Quä, Legien, Cohen, ja selbst eines christlichen Vatrusch keinen rechten Glauben beigemessen haben, als diese unausgeseht die Sozialisierung der Grundstoffindustrien forderten! Das ist denn doch der Gipfel der Verlogenheit, und wir können nicht annehmen, daß diese Denkweise außerhalb der Kohlen- und Eisenmagnaten sowie einiger Händler bei den Unternehmern geteilt wird.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier festgestellt, daß kein politischer oder gewerkschaftlicher Arbeiterführer mit der Anerkennung der Arbeitsgemeinschaften sich auch nur von einer einzigen programmatischen Forderung losgesagt hat. Ein Arbeiterführer, der in Erkenntnis der wirtschaftlichen Notlage des Volkes im Kriege und nach der Revolution sich zu dem Gedanken zeitlichen Bürgerfriedens zwischen Kapital und Arbeit bekannt hat und dabei seinen Grundsätzen untreu würde, würde seine Gefolgschaft verlieren und stünde dann mit den Unternehmern allein da. Diese aber haben es in der Hand, ob sie durch verständnisvolles Eingehen auf die Wünsche der Arbeiterchaft nach Sozialisierung der Arbeitsgemeinschaft fördern oder aber ob sie sie in Verkennung der ganzen Volkstimmung durch Sabotage des Sozialisierungswerkes den Gedanken eines verständigen Zusammenarbeitens unmöglich machen wollen. Durch die Sozialisierung wird nicht der im Betrieb tätige Unternehmer ausgeschlossen, sondern nur seiner unbeschränkten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entkleidet. Dabei mitzuteilen, dazu gehört auf der Unternehmenseite ein starker Wille zur Gemeinschaftsarbeit. Ohne diese aber ist auch die Arbeitsgemeinschaft ein Wortgebilde, hinter dem sich alle möglichen Nachbestrebungen verbergen können.

Zwanzig Millionen für Notstandsarbeiten. In der letzten Sitzung beschäftigten die hiesigen Kollegen zu Hannover etwa zwanzig Millionen Mark für umfangreiche Projekte, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Arbeiten sollen als Notstandsarbeiten ausgeführt werden. Neben Friedhöfe-, Schul- und Siedlungsarbeiten, Wohnungsneubauten, Kanalanlagen und Errichtung von Kinderspielplätzen sollen die Arbeitslosen auf der „Kleinen Bult“ auch ein „Stadion“ bauen mit einer Laufbahn von 500 Metern und Tribünen für 15 000 Zuschauer. Für das Stadion wurden 800 000 M. Restsumme bewilligt. Die Hauptsumme wird durch die Brandt-Stiftung gedeckt.

Ausführung des Entschaffungsgesetzes. Zum Landeskommissar für Thüringen für die Entschaffung der Zivilbevölkerung wurde vom Reichskommissar im Endernehmen mit dem Staatsrat von Thüringen der Regierungskommissar Walter Rathenau in Altenburg, jetzt in Weimar, zu dessen Stellvertreter Regierungsrat Dr. Peipelmann in Weimar bestellt.

Das neue Landwirtschaftskammergesetz ist der Preussischen Landesversammlung zugegangen. Es soll noch in der laufenden Session verhandelt werden.

Der Straßenbahnerstreik in Steinhilber dauert an. Die Straßenbahner demonstrieren gestern mittig vor dem Polizeipräsidium, weil ihre Verhandlungen überwacht wurden.

Ernennung eines sozialdemokratischen Landrats. Aus Hannover wird dem „P. R. A.“ berichtet: Der Kreisrat Alfeld wählte den Reichssozialisten Veushausen zum Landrat.

Wird, wenn sie schon hinter die Kulissen spähen, doch eben von der großen Schaubühne ausgehen. Er zeigt Vorgänge und Personen keineswegs in der Vereinswelt; durch bewegte Schilderungen der gesellschaftlichen Milieus schafft er vielmehr die Möglichkeit, sie dem großen Strome vergliedert zu sehen.

Wer das Buch ohne viel Unterbrechungen lesen kann, wird fühlen, wie die Bilder ineinander überwiegen, so daß ein Panorama revolutionären Kampfgewoges im Geiste entsteht. Wenn die Geschehnisse der Ruffeau, Kirobeau, Desmoulin, Marat, Danton, Robespierre, Madame Roland, Madame Tallien und all die Charakteristiken revolutionär oder reaktionär hintertreibender Volksschichten vorübergezogen sind, so ist der Eindruck durchaus vorhanden, daß dies Buch zu den schätzenswertesten Einführungen in jene große Epoche gehört, die am Anfang unserer revolutionären Zeit steht.

Zentraltheater: „Frau Härdel“. Das von jeder gefährliche Experiment, zu einem erfolgreichen Stück wie „Schwarzwaldbühne“ eine zukunftsfähige Fortsetzung zu schreiben, scheint den Versuchern von „Frau Härdel“ gegliedert zu sein. Die Hauptdarstellung — eine harmlose, bald wieder eingereichte Schenktleistung — ist unter dem vielen Operettensatz der letzten Jahre trotz einiger Konzessionen an den Angeheimlich fast erst zu nehmen. Der Komponist des Singspiels, Josef Snage, ist aber kein großer Künstler. Sein Quindenzpiel macht gelegentlichen Versuchen zu dramatischer Vertiefung, bleibt flachland. Auf schöne Lyrik und sinnige Schwarzwaldbühnenmusik verzieht er sich besser. Das „Finken-Duet“, „Kotwein-Terzett“, „Herbstlied“, die „Traumscene“ und „Anderpolonaise“ schlagen beim Publikum sofort ein. Das Stück wird sorgfältig studiert, die musikalische und szenische Leitung gleich rühmendwert. Schade, daß kein besseres Orchester zur Verfügung steht. Unter den Darstellern zeichneten sich vor allem Karl Platen, der vorbildliche gefühlvolle und herzengute Schwedische Domkapellmeister, Rita Burg, ein reizendes Hannele, Paula Dereani, Kaldine, und Hans Fischer-Röppel, der unwiderstehliche Edmundsheim — vortreffliche Kuplets! — besonders aus. Lütz; Kneuhöld, die Härdel, war im wesentlichen tüchtig und nicht ohne naive Herzlichkeit. H. M.

Uraufführungen der Woche. Di.: Schauspielhaus: Journalisten — Do.: Neues Volkstheater: Rosa — Fr.: Alhalla: Der dumme Franz. Kammerjäger: Die Bronnbühne. — Sd.: Deutsches Oberhaus: Alessandro Stradella. Kleines: Thronfolger. Gr. Schauspielhaus: Jedermann.

Theater. Am Freitag-Abend wird als erste Reue der Winterpielzeit Heinrich Laubenthal's Schauspiel „Das Ger-Lübke“ mit Leopoldine Konstantin und Eugen Kasper in den Hauptrollen noch im Laufe des September in Szene gehen. Aelter sind folgende Werke zur Aufführung in der ersten Hälfte der Spielzeit in Aussicht genommen: Strindberg's „Raus“, Herman Polig's Schauspiel „Der stille Ort“, Julius Meier-Gelwes's Lustspiel „Heinrich der Glühende“, Otto Joffe's Trauade „Der Schenkerum“ und Edgar Wildes Komödie „Ein heiler Walter“. — Im Deutschen Künstler-Theater gelangt als erste Uraufführung dieser Spielzeit Hans Rallers Schauspiel „Flamme“ mit Räte Dorff in der wesentlichen Hauptrolle zur Darstellung.

Paul Babers Drama „Das Gesetz“ wird im Ballhaus-Theater morgen Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr, zum letzten Male gegeben und ermäßigten Eintrittspreisen.

Wenn es auch fast lächerlich klingen mag, solche Forderungen aufzustellen in unserer allerneuesten Zeit, wo die Selbsterziehung des Publikums in den Theatern ein denkbar tiefes Niveau erreicht zu haben scheint — gerade deshalb muß daran erinnert, an die Wirklichkeit der eckförmigen Elemente im Publikum appelliert werden.

Es muß alles geschehen, damit die Auffassung einmal Allgemein wird, daß jeder Zuhörer ein tätiger, lebendiger, unentbehrlicher Mitarbeiter ist am Kunstwerk eines Theaterabends, sein passiver zufälliger Ohrenzeuge auf Grund einer Eintrittskarte.

Sitten- und Charakterbilder aus der französischen Revolution. Vorgänge und Menschen der großen Revolution bleiben allen neuen Jahrzehnten geschichtlichen Werdens, was sie im letzten Jahrhundert gewesen sind: die hohe Schule, in der das Wesen revolutionärer Bewegungen, die eine Zeitende bedeuten, sich dem Versehen und Fühlen mit dramatischer Wucht offenbart. Dieser erste große Akt neuerzeitiger politischer und sozialer Umwälzungen will begriffen sein, wenn die geschichtlichen Erschütterungen, die alsdann und heute in ganz neuer Weise folgen, klar werden sollen. Deshalb bleiben Werke über jene Zeit an der Tagesordnung, und jetzt neuere der Verlag der Buchhandlung Vorwärts zu dieser immer von neuem notwendigen Arbeit eine Schrift bei, deren Ziel diesen Jellen vorgelegt ist.

Unser Freund John Schifowski hat die Schrift verfaßt. In die zehn Bildern, die ungemein leicht fälschlich gezeichnet sind, packt er Strömungen und Gestalten jener vulkanisch arbeitenden Zeit voll Zusammenbruch und Neuworden der Gesellschaft. Er will vor allem die Tatsachen reden lassen und versteht sich darauf, sie in dichter Reue entwirrt vorüberziehen zu lassen. Das könnte nicht gelingen, wenn nicht ein klares Versehen des Verhältnisses, in dem das einzelne Geschehen zu dem Ganzen der Revolution steht, mit am Werke wäre. In einfachen Strichen, ohne geschichtsgedanklichen Hebeln müßten diese Gesichtspunkte sich in die Darstellung ein, um das Verständnis für das dargestellte Handeln zu leiten und zu weiten.

In welchem Geiste die große Revolution angeschaut werden muß, deutet Schifowski mit mit folgenden Sätzen seines Vorworts an: „Wenn der Gang der Geschichte in ruhigen Zeiten ein episches Gepräge hat, so nimmt er in Jahren der Umwälzung dramatische Formen an. Die Schaulöcher der Geschichte erscheinen lebendig, in greller Beleuchtung; der Hintergrund, vor dem sich die Szenen abspielen, das Milieu mit allen seinen Nuancen, Schattierungen und Kontrasten wird handlungswirksam und die menschlichen Träger der äußersten Konflikte enthüllen sich als typische Verkörperungen von lebenden, treibenden, zügelnden, überwindenden oder siegreichen Ideen. Alle Faktoren, die Szene, die Handlung und die Personen, erhalten symbolische Bedeutung.“ Schifowski meint, das Ziel, die Dinge in dieses Licht zu rücken, habe sein Buch sich nicht gestellt; es wolle nur einzelne Blide hinter die Kulissen des geschichtlichen Geschehens öffnen, einige der austretenden Heiden im Neulicht vorführen und wichtige Schaulöcher der Dampf- und Staubaktionen so zeigen, wie sie sich dem Blick der Mitlebenden darbieten. Aber demgegenüber müßten wir doch betonen, daß seine

